Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7398**

17. Wahlperiode 20. 10. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Omid Nouripour, Hans-Christian Ströbele, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/6123 –

Aussagekräftigen Abschlussbericht zur beendeten Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom vorlegen

A. Problem

Die Antragsteller stellen fest, dass mit Schreiben vom 17. Dezember 2010 der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, gemeinsam mit dem damaligen Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor zu Guttenberg, den Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktionen einen zweieinhalbseitigen Bericht zur Beendigung der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan übermittelte.

Nach Ansicht der Antragsteller kann dieser Bericht nicht als ein Abschlussbericht im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes betrachtet werden. Nach ihrer Auffassung nimmt dieser Bericht entgegen der Aufforderung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes weder eine Evaluierung der OEF im Allgemeinen bzw. der deutschen Beteiligung daran im Besonderen vor, noch stellt er die militärischen und politischen Aspekte des Einsatzes dar oder bewertet diese angemessen.

Mit dem Antrag unter dem Titel: „Aussagekräftigen Abschlussbericht zur beendeten Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom vorlegen“ möge daher der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern:

- dem Deutschen Bundestag entsprechend § 6 des Gesetzes über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland zügig einen aussagekräftigen Abschlussbericht zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der OEF vorzulegen, der sowohl die militärischen als auch die politischen Aspekte des Einsatzes darstellt und bewertet;
- künftig im Anschluss an die Beendigung laufender sowie möglicher weiterer Einsätze bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland darauf zu achten, dass dem Deutschen Bundestag zeitnah ein aussagekräftiger Abschlussbericht im Sinne des § 6 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes vorgelegt wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/6123 abzulehnen.

Berlin, den 19. Oktober 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Robert Hochbaum
Berichterstatter

Johannes Pflug
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Robert Hochbaum, Johannes Pflug, Wolfgang Gehrcke, Dr. Rainer Stinner und Hans-Christian Ströbele

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6123** in seiner 114. Sitzung am 9. Juni 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller stellen fest, dass mit Schreiben vom 17. Dezember 2010 der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, gemeinsam mit dem damaligen Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor zu Guttenberg, den Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktionen einen zweieinhalbseitigen Bericht zur Beendigung der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan übermittelte.

Nach Ansicht der Antragsteller kann dieser Bericht nicht als ein Abschlussbericht im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes betrachtet werden. Nach ihrer Auffassung nimmt dieser Bericht entgegen der Aufforderung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes weder eine Evaluierung der OEF im Allgemeinen bzw. der deutschen Beteiligung daran im Besonderen vor, noch stellt er die militärischen und politischen Aspekte des Einsatzes dar oder bewertet diese angemessen.

Mit dem Antrag unter dem Titel: „Aussagekräftigen Abschlussbericht zur beendeten Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom vorlegen“ möge daher der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern:

- dem Deutschen Bundestag entsprechend § 6 des Gesetzes über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland zügig einen aussagekräftigen Abschlussbericht zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der OEF vorzulegen, der sowohl die militärischen als auch die politischen Aspekte des Einsatzes darstellt und bewertet,
- künftig im Anschluss an die Beendigung laufender sowie möglicher weiterer Einsätze bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland darauf zu achten, dass dem Deutschen Bundestag zeitnah ein aussagekräftiger Abschlussbericht im Sinne des § 6 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes vorgelegt wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/6123 in seiner 102. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/6123 in seiner 45. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/6123 in seiner 45. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/6123 in seiner 48. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/6123 in seiner 47. Sitzung am 19. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 19. Oktober 2011

Robert Hochbaum
Berichterstatter

Johannes Pflug
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Hans-Christian Ströbele
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333